

Menschen auf dem Abstellgleis

In der Theresienstraße 2 bringt die Stadt obdachlose Männer unter – der bauliche Zustand ist katastrophal – künftig soll sich ein Sozialpädagoge um Reintegration bemühen

Monoblock-Sessel und ein Tisch stehen in einer Ecke des Hinterhofs, dazu ein altes Nachtschränken mit einer Yucca-Palme darauf. Am Tisch sitzen vier Männer, Bierflaschen vor sich, den schönen Ausblick auf sonnige Gärtnerfluren genießend. Aber hinter der gemütlichen Atmosphäre verbirgt sich hartes Schicksal. Der Hinterhof gehört zum städtischen Obdachlosenheim für Männer in der Theresienstr. 2 – im Bamberger Amtsdeutsch „die TH 2“ genannt. Und die Männer sind arbeitslos, teilweise sichtlich alkoholabhängig und „haben schon einiges auf dem Kerbholz“, wie einer von ihnen offen zugibt.

Die TH 2 ist das letzte Auffanglager für Menschen, die durch sämtliche Maschen des sozialen Netzes gerutscht sind. Zu Obdachlosigkeit können viele Umstände führen: Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidung, Kriminalität und Straffälligkeit – oder üble Kombinationen aus mehreren.

Vor ein paar Monaten kam beispielsweise der 40-jährige Nürnberger Arthur S. (Name von der Redaktion geändert) hierher: Von seiner Freundin wurde er aus der Wohnung geworfen, wegen Alkoholproblemen und anderer Streitigkeiten. Nach einer Prügelei musste er eine Zeit lang ins Krankenhaus und als er heraus kam, hatte er keine Bleibe mehr. Dann ging er nach Bamberg, schlug sich eine Zeit lang durch, wandte sich dann an das Projekt „Menschen in Not“, das in der Unteren Königstraße für Obdachlose eine Anlaufstelle bietet. Schließlich wurde ihm vom Wohnungsamt ein Zimmer in der TH 2 zugewiesen.

Wie ein schwarzes Loch

In Fällen wie Arthur S. ist die Stadt verpflichtet zu helfen. Laut Gesetz stehen jedem obdachlosen Menschen mindestens 10 Quadratmeter Wohnraum zu. Dennoch lassen sich viele Männer nicht in die TH 2 „einweisen“, weiß Martin Weiß-Flache, der das Projekt „Menschen in Not“ hauptamtlich leitet und sich seit Jahren in der Szene auskennt. „Die TH 2 ist eine Art schwarzes Loch, aus dem man schwer wieder rauskommt. Es ist die letzte Adresse in Bamberg, tiefer kann man eigentlich nicht sinken“, erklärt er. Viele Männer schlafen lieber auf Parkbänken, unter Brücken oder schlagen sich bei Bekannten durch, bevor sie die Theresienstr. 2 als offizielle Meldeadresse in Kauf nehmen.

Das Leben dort ist nämlich hart: Immer wieder wird randaliert und geprügelt, gibt es Streit unter den Männern, werden Sachen zerstört oder gestohlen, immer wieder muss die Polizei einschreiten. Nächtlicher Lärm, so weiß Martin Weiß-Flache, hält oft diejenigen vom Schlafen ab, die sich tagsüber Gelegenheitsjobs im Hafen suchen. Nicht jeder Mensch hält so etwas aus.



Foto: Erich Weiß

Totenkopf als Aushängeschild

Eine solch angespannte Atmosphäre passt zu den dunklen trostlosen Gängen in der ehemaligen Kaserne in der Theresienstraße. Wann hier von der Stadt das letzte Mal Renovierungsarbeiten vorgenommen wurden, weiß nicht einmal mehr die Amtsleiterin des Wohnungsamts, Christine Weber. Abgeranzte Holzdielenböden, abblätternder Putz, Schimmelstellen oder auf Putz liegende Leitungen sind noch das wenigste. Die Zimmer sind mit einfachsten Holzöfen ausgestattet, das Holz müssen sich die Bewohner selbst beschaffen. Küchen sind nicht vorhanden, man behilft sich mit Kochplatten in den Zimmern, wo es allerdings keinen Wasseranschluss gibt. In die Sanitärräume würden auch hart gesotene NormalbürgerInnen keinen nackten Fuß setzen: stinkende Klos mit verschmierten Wänden und Fliesen. Zwei ebenso unappetitliche Duschen und zwei Dusch-Badewannen für derzeit 34 Bewohner. Da scheint der auf die Wand neben dem Hauseingang gesprühte Graffiti-Totenkopf die treffende Begrüßungsdekoration zu sein.

Christine Weber und der zuständige Sachbearbeiter Hermann Werner sehen diese Umstände, gelinde gesagt, nüchtern. Für den Dreck seien die Leute schließlich selbst verantwortlich. Und: „Wir wollen es den Leuten hier nicht gemütlich machen“, so ihr

knapper Kommentar. Die TH 2 sei ein Übergangwohnheim und solle die Zeit überbrücken, bis die Männer wieder eine eigene Wohnung gefunden hätten. Man wolle niemand einladen, „es sich hier bequem zu machen“.

Wie effizient dieses Konzept ist, zeigt die Statistik: Immerhin lebt ein Drittel der Männer schon über fünf Jahre hier, ein weiteres Drittel zwischen ein und fünf Jahren, die übrigen 30% unter ein Jahr. Laut Weber schaffen es viele, irgendwie wieder eine eigene Bleibe zu finden. Eine Hilfestellung leistet das Wohnungsamt in der Regel nicht.

Stadt stellt Sozialpädagogen ein

Was die Menschen dringend brauchen, ist eine Unterstützung, die ihnen hilft, aus der TH 2 wieder herauszukommen und sich zu einem normalen Leben aufzurappeln – denn alleine bewältigen sie eine solch enorme Aufgabe nicht. Immerhin macht die Stadt – nach jahrzehntelanger Untätigkeit – jetzt einen Anfang. Ab Juli 2002 beschäftigt sie (initiiert durch einen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion) auf ABM-Basis und für zunächst zwei Jahre einen Sozialpädagogen. Er soll für die TH 2 und für die Familienunterkunft in der Breitenau zuständig sein. „Reintegrationsmaßnahmen“ heißt sein etwas schwammiger Arbeitsauftrag. Christine Weber, deren Amt der neue Betreuer zugeordnet ist, freut sich



Foto: Erich Weiß

über diese Entwicklung und hofft insbesondere, dass es dadurch mehr Menschen gelingt in eigenen Wohnungen unterzukommen.

Aber da wird ein einzelner Sozialpädagoge keine Wunder vollbringen können. Wichtig ist eine umfassende Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen – dem Sozialamt, dem Arbeitsamt, Bewährungshelfern, Therapiekliniken für Alkoholranke. „Wenn man einem Alkoholabhängigen aus der TH 2 eine Wohnung zusichert, unter der Bedingung, dass er vorher eine Therapie durchzieht, so könnte das der Durchbruch für den Mann zurück ins normale Leben sein“, meint Martin Weiß-Flache. Deshalb spielt seiner Meinung nach die stadteneigene Wohnungsgesellschaft Stadtbau GmbH für den Erfolg eine entscheidende Rolle. „Dennoch sind diese Menschen noch eine Zeit lang auf Betreuung und Hilfsangebote der Stadt angewiesen.“

Weiß-Flache einschätzt über die zu erwartende Erfolgsquote wirkt realistisch: Es gebe viele Männer, die noch Ressourcen haben, um wieder auf die Beine zu kommen, wie etwa Arthur S. Aber man müsse akzeptieren, dass für einige auch diese Hilfe nichts bringen wird, dass sie den Weg zurück zu einem normalen Leben nicht mehr bewältigen werden.

Renovierung nötig

Die neu eingerichtete Stelle des Betreuers ist immerhin ein Anfang. Wesentlich wird sein, dass es künftig jemand geben wird, der den Alltag dieser Menschen wahrnimmt und nach außen vermittelt. Dazu gehört aber auch, die Bedürfnisse der Menschen innerhalb des Heimes ernst zu nehmen – ob sie nun ein paar Wochen oder über zehn Jahre hier leben müssen. Die städtische Unterbringungspflicht muss sich auch an menschenwürdigen Zuständen orientieren und darf keine zusätzliche Demütigung sein.

Ein bisschen Menschenwürde schaffen sich die Männer in der TH 2 gewzwungenermaßen selbst. In ihrer lauschigen Hinterhofecke erzählen sie freundlich, dass sie sich gemeinsam ein paar Waschmaschinen im Keller angeschafft haben – einige Jeanshosen hängen gerade auf der Leine. Und vor kurzem haben sie die Toiletten auf ihrem Gang gestrichen und auf eigene Kosten eine neue Klobrille angebracht. Der Sepp, der seit drei Jahren hier wohnt, lässt für die gaz sogar sein Zimmer fotografieren: weinrote Sofaecke, eine wilde Mischung aus Pistolen, Deutschlandflagge und Bildern als Wandzierde und ein Bettbezug mit himmelblauen Wölkchen. An die dunkel ergrauten Flurwände neben seiner Zimmertür hat er ausgeschnittene Kalenderblätter mit bunten Blumensträußen gehängt. „Naja“, meint er lächelnd, „mä macht halt des Beste draus.“ sys

I N H A L T



Interview mit der Bamberger Bundestagskandidatin Ursula Sowa

Seite 4

Geh-Übungen für die Stadtverwaltung

Wie Entwicklungshilfe in Kenia versucht, Verwaltungsstrukturen zu etablieren und Selbsthilfe zu ermöglichen.

Seite 6

Grüne mit Grips

Die frisch gewählten StadträtInnen und der neue Vorstand der GAL stellen sich vor.

Seiten 2 und 3

Die Unabwendbarkeit der Globalisierung

Die Globalisierung ist nicht mehr aufzuhalten, aber sie muss sozial, ökologisch, demokratisch und gerecht sein.

Seite 5

Gastkommentare

von Klaus Kropf, Mitbegründer der Bamberger Elterninitiative I.G.E.L.

Seite 3

und von Christian Ascherl, Gewerkschaft ver.di

Seite 7

Mangelhafte Sparmoral

Wegen der katastrophalen Finanzlage hat sich die Stadt ein Sparkonzept auferlegt. Aber nun hält sich keiner dran.

Seite 7

There's no business like Stadtrats-business

CSU und ÜBG bekamen die Quittung für jahrelange schwache Politikergebnisse, Tscherner wurde im Protestschwung auf Fraktionsstärke katapultiert – und die GAL arbeitete sich wieder mal um ein weiteres Stadtratsmandat nach oben. Nach der Kommunalwahl sind die Mehrheitsverhältnisse im Bamberger Stadtrat unüberschaubar – aber auch spannend. Eine Wahlachse mit Trendmeldungen.

CSU: Rudern war zwecklos

Sie ruderten und zogen, warben für mehr „Zugkraft“, mehr „Schlagkraft“ und mehr „Teamgeist“. Eine nicht enden wollenen Wahlkampf-Materialschlacht überflutete die Wählerinnen und Wähler. Zwischen Dankeschön-Pfennig an der Haustür und Franz-Eckert-Plastikbrieföffner (der übrigens im GAL-Fraktionsbüro brav seinen Dienst tut) konnte man sich der Tausende blauer Broschüren und Plakate kaum erwehren. Was das gekostet hat, behält die CSU wohlweislich für sich.

Für „echte Perspektiven“ wollte die „neue CSU“ stehen. Und hat trotz des riesigen Aufwands ihre eigene wichtigste

Perspektive verfehlt: Mit 19 Mandaten landete man weit hinter der erträumten absoluten Mehrheit im 44-köpfigen Stadtratsgremium.

Der ambitionierte Kreisvorsitzende und Shooting Star Heribert Trunk, von der Lokalpresse als Hoffnungsträger präsentiert, bekam noch seinen persönlichen Dämpfer ab: Bürgermeister Werner Hipelius konnte letztlich mehr Stimmen für sich persönlich verbuchen und verdrängte seinen Parteifreund so von Platz Eins der CSU-Liste – die Schadenfreude in den eigenen Reihen war vernehmbar.

Trunks beginnende Demontage folgte auf den Fuß. Noch am Wahlabend schob er bei einem Fernsehinterview die Schuld für das wenig erfolgreiche Ergeb-

nis des „bürgerlichen Lagers“ OB Lauer zu und forderte dessen Rücktritt. Tags darauf ließ er eiligst ein Dementi im FT veröffentlichen und bekundete uneingeschränkten Rückhalt für den Oberbürgermeister. Falsch gerudert – und von der Mannschaft zurückgepfiffen.

Und schließlich wählte entgegen allen Erwartungen die CSU-Fraktion nicht Trunk zum Vorsitzenden, sondern den schon älter gedienten Peter Neller, der sich damit schon mal in den Startlöchern für die nächste Oberbürgermeisterwahl zu recht scharrt.

ÜBG: Daheim bleiben und Wunden lecken

Noch viel größer muss das Wehgejammer bei der ÜBG gewesen sein. In ihren einfallslos langweiligen Wahlkampf-broschüren warben sie noch mit dem Slogan „... daheim sein und sich wohlfühlen...“. Das konnte nach dem 3. März die Hälfte der ÜBG-Fraktion wörtlich nehmen: Von sechs auf drei Man-

date schrumpften die „Überparteilichen“, obwohl sie doch noch im Wahlkampf ihr größtensinniges Ansinnen verbreiteten, zweitstärkste Kraft zu werden. Die Quittung der WählerInnen war deutlich und verdient: Wer sich der CSU sechs Jahre lang unentwegt, vorbehaltlos und mit peinlicher Hartnäckigkeit anbietet, kann sich noch so oft das Etikett „überparteilich“ umhängen – man glaubt's einfach nicht mehr.

BBB: Desorientierter Brückenbauer

BBB-„Brückenbauer“ Norbert Tscherner hingegen profitierte von den enttäuschten konservativen WählerInnen und zog gleich mit drei weiteren „Brückenheiligen“ in Fraktionsstärke im Rathaus ein. Seine Wahlkampf-taktik, sich als tatkräftiger Macher zu präsentieren, ging auf. Wie's mit Tscherner und seinen Mannen – allesamt lokalpolitische Neulinge – weiter geht, ist noch unklar. Ob er tatsächlich, wie auf seinen Plakaten

versprochen, die „Brücke zum Bürger“ baut oder der Einfachheit halber eher zur CSU, bleibt abzuwarten. Bei den ersten Sitzungen im neuen Stadtrat zeichnete sich der bisherige Einzelkämpfer und jetzt neue Fraktionsvorsitzende vor allem durch rührende Desorientierung zwischen den verschiedenen Tagesordnungspunkten aus.

SPD: Bewegungsversuche?

Die vermeintliche Oppositionspartei SPD, die in den vergangenen Jahren meistens keine war, sondern mit der CSU gemeinsame Sache machte, stellte sich auf ihren Wahlplakaten vor allem „bewegt“ dar. Herausgekommen ist die gleiche Sitzanzahl wie vor sechs Jahren, mit auch dem gleichen Personal. Ob sich da also viel bewegen wird?

Vorerst so viel: Nachdem sie ihren Frontmann Andreas Starke zum Wirtschaftsreferenten und Dritten Bürgermeister küren wollten, damit bei der CSU aber auf Granit stießen, waren die SPD-FraktionärInnen

erst mal stinksauer, zeigten der CSU beleidigt die kalte Schulter und liebäugelten plötzlich mit einer überraschten GAL. Dass die junge SPD-Politikerin Anja Eichelsdörfer dann für das zweite Bürgermeisteramt gegen die CSU kandidierte, war ein Novum. Ob daraus schon eine neuer politischer Kurs erwächst, ist fraglich, aber immerhin der interessierten Beobachtung wert.

GAL: Im Aufwind

Die Bewertung der GAL lässt sich – auch in diesem „pro domo“ sprechenden Kommentar – kurz und knapp fassen: ehrgeiziges Wahlziel erreicht, mit sechs Stadtratsmandaten eines hinzu gewonnen, jetzt drittstärkste Fraktion, mit 13,01% bestes Wahlergebnis aller Grünen in bayerischen Städten. Eine runde Sache.

Insgesamt ist die Situation im neuen Stadtrat jedoch unübersichtlich, Mehrheiten sind nicht sicher, noch gibt es keine festen Allianzen. Für die GAL könnte das eine Chance sein, sachliche Politik in den Vordergrund zu stellen.

der ultimativ-informative perso-GAL-bogen

Peter Gack

Beruf: **Dipl.-Betriebswirt (FH)**

Alter: **43**

3 Stichworte zu Bamberg: **Sonnendach, Gacks Frischeladen, Gärtnerstadt**

Dein Lieblingsort in Bamberg: **ein Birnbaum im Teufelsgraben**

Warum dir Politik Spaß macht: **weil mit viel Ausdauer doch was erreicht werden kann**

Warum GAL? **konsequente Politik, kompetente, sympathische Menschen**

3 konkrete politische Ziele: **10% erneuerbare Energie für Bamberg bis 2010, Fußgängerzone bzw. Verkehrsberuhigter Bereich von Bahnhof bis Dom, funktionierender Verkehrsverbund Stadt und Landkreis Bamberg**

Rauchbier oder Frankenwein? **passend zur Gelegenheit**

Etwas, das dir Gänsehaut verursacht: **Bergverbindungsstraße**

Worauf könnte Bamberg verzichten? **City-Manager**

Vervollständige diesen Satz (mit maximal 6 Wörtern): „Im Stadtrat... **müssten noch mehr GALerInnen sitzen.**“

Überflüssigster Gegenstand in deinem Besitz: **ein Eierkocher**

Ulrike Sansa Heucken

Beruf: **Arzthelferin**

Alter: **39**

3 Stichworte zu Bamberg: **Menschen, Denkmäler, Verkehr**

Dein Lieblingsort in Bamberg: **z. Zt. Hain**

Warum dir Politik Spaß macht: **weil Bamberg Spaß machen könnte...**

Warum GAL? **warum nicht?**

3 konkrete politische Ziele: **sinnvolle Verkehrsregelung, genießbare Innenstadt, sauberes Stadtbad**

Rauchbier oder Frankenwein? **Keemann oder Mahr's**

Etwas, das dir Gänsehaut verursacht: **Winter**

Worauf könnte Bamberg verzichten? **Zwätschgäbaam**

Vervollständige diesen Satz (mit maximal 6 Wörtern): „Im Stadtrat... **ist der Mensch aufs Wort reduziert.**“

Überflüssigster Gegenstand in deinem Besitz: **Zuckerzange**



Die GAL-Stadtratsfraktion v.l.n.r.: Peter Gack, Ulrike Sansa Heucken, Wolfgang Budde, Petra Friedrich, Ursula Sowa, Wolfgang Grader
Foto: Judith Siedersberger

Wolfgang Budde

Beruf: **Dipl.-Sozialarbeiter**

Alter: **49**

3 Stichworte zu Bamberg: **Familie + Freunde, Barock, meine Arbeit**

Dein Lieblingsort in Bamberg: **meine Couch**

Warum dir Politik Spaß macht: **Mann lernt eine Menge, bevor einem die Ohren abfallen.**

Warum GAL? **Sagt mir die Alternative!**

3 konkrete politische Ziele: **mehr Klassen in Bambergs Schulen, Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe, Regionen-Denken in Rat und Verwaltung**

Rauchbier oder Frankenwein? **italienischer oder französischer Rotwein**

Etwas, das dir Gänsehaut verursacht: **die meist konzeptlose step-by-step-Politik der Verwaltung**

Worauf könnte Bamberg verzichten? **Selbstgenügsamkeit**

Vervollständige diesen Satz (mit maximal 6 Wörtern): „Im Stadtrat... **reduzieren sich manche Menschen aufs Abstimmen.**“

Überflüssigster Gegenstand in deinem Besitz: **5 Mini-golf-Bälle**

Petra Friedrich

Beruf: **Dipl.-Sozialpädagogin, Bauzeichnerin, Denkmalpflegerin**

Alter: **44**

3 Stichworte zu Bamberg: **Solarstadt, ökologischer Ausgangspunkt für konsequente Stadtentwicklung, ausbaufähig**

Dein Lieblingsort in Bamberg: **Brückenabschnitt Altes Rathaus – Karolinenstr. 1**

Warum dir Politik Spaß macht: **mit interessanten und interessierten Menschen Zukunft zu planen**

Warum GAL? **Kleiner Haufen – große Wirkung – höchste Energie**

3 konkrete politische Ziele: **ökologische Altbausanierung, interessante Jugendarbeit, Stadtentwicklungsplan**

Rauchbier oder Frankenwein? **Apfelschorle und Milchkaffee**

Etwas, das dir Gänsehaut verursacht: **wenn meine Tochter Anna singt, wenn meine Tochter Miriam schauspielert, wenn mein Ehemann predigt**

Worauf könnte Bamberg verzichten? **Hallenbad-Neubau am Stadion**

Vervollständige diesen Satz (mit maximal 6 Wörtern): „Im Stadtrat... **macht die GAL die beste Figur.**“

Überflüssigster Gegenstand in deinem Besitz: **Jogging-Schuhe**

Ursula Sowa

Beruf: **Architektin**

Alter: **45**

3 Stichworte zu Bamberg: **gold – grün – richtig**

Dein Lieblingsort in Bamberg: **vom Bahnhof bis zur Altenburg**

Warum dir Politik Spaß macht: **... damit ich nicht immer auf andere schimpfen muss ...**

Warum GAL? **seit 20 Jahren quicklebendig, mit Lösungen, die Hand und Fuß haben**

3 konkrete politische Ziele: **für ein gutes Klima – Verkehrsbedingte – politisch – kulturell**

Rauchbier oder Frankenwein? **beides**

Etwas, das dir Gänsehaut verursacht: **Bamberg ohne seine Gärtner**

Worauf könnte Bamberg verzichten? **auf die „Pedderla auf alle Suppen“ im Stadtrat**

Vervollständige diesen Satz (mit maximal 6 Wörtern): „Im Stadtrat... **habe ich die besten Ideen!,**“

Überflüssigster Gegenstand in deinem Besitz: **der Führerschein**

Wolfgang Grader

Beruf: **Dipl.-Theologe, Lehrer**

Alter: **41**

3 Stichworte zu Bamberg: **Bäckerstadt, Bierstadt, BürgerInnenstadt**

Dein Lieblingsort in Bamberg: **Collibri, Hübscher und Görres**

Warum dir Politik Spaß macht: **weil das Leben ernst genug ist**

Warum GAL? **weil gute Ideen Bamberg weiterbringen**

3 konkrete politische Ziele: **Förderung der „alternativen“ Kunst- und Kulturszene, stärkere BürgerInnenbeteiligung, mehr Profil im Bildungsbereich**

Rauchbier oder Frankenwein? **Frankenwein**

Etwas, das dir Gänsehaut verursacht: **eine Tiefgarage unter dem Domplatz**

Worauf könnte Bamberg verzichten? **auf die jetzige Gestaltung des Maxplatzes**

Vervollständige diesen Satz (mit maximal 6 Wörtern): „Im Stadtrat... **werden dicke Bretter gebohrt.**“

Überflüssigster Gegenstand in deinem Besitz: **elektronische Schreibmaschine**

Grünes Grüppchen mit Grips

Seit April hat die GAL einen neuen Vorstand. Die grüne „Spitze“ stellt sich vor.

Kiki Laaser (geb. 1963) studierte in Bamberg, Amsterdam und Bochum und schloss als Historikerin und Andragogin ab. Heute ist sie Qualitätsmanagerin bei einer Bank. In ihrer langjährigen Mitgliedschaft beim Bamberger AStA (Vertretung auf Landes- und Bundesebene; Vertreterin Bayern in der BAG Hochschule der grünen Bundestagsfraktion 1987-1990) lernte sie ihren Schwerpunkt Bildungspolitik hautnah kennen. Daneben engagiert sie sich für Frauenpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik (grüne und ethische Geldanlagen), Menschenrechte und Antifa.

Florian Reichl (geb. 1970) ist als Wirtschaftsinformatiker tätig. Seine politischen Schwerpunkte liegen im Erhalt und der Weiterentwicklung der Ökosteuer ebenso wie einer kriti-



Der GAL-Vorstand v.l.n.r.: Rune Hemmerling, Andreas Becker, Rigobert Olszewski, Florian Reichl, Cornelia Waldmann-Selsam, Kiki Laaser

schon Begleitung der Globalisierung, bei der er Möglichkeiten sieht, sie gerecht zu gestalten, um Chancengleichheit zu gewährleisten und weltweit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dr. rer. nat. Rigobert Olszewski

wurde als echter Franke 1956 in Nürnberg geboren und ist als Geschäftsführer von Rayonic Sensor Systems GmbH tätig. Seine politischen Schwerpunkte sieht er in der Finanz- und Wirtschaftspolitik: Arbeits-

markt, fairer Handel, Globalisierung, nachhaltiges und regionales Wirtschaften. Er engagiert sich außerdem in der Energiepolitik und will aktuelle Entwicklungen im Bereich Medien, wie Monopolisierung und Privatisie-

rung, Einflüsse auf Gesellschaft, Demokratie, Vielfalt und Meinungsfreiheit auf die politische Tagesordnung bringen.

Zweite Frau im Vorstand ist **Dr. Cornelia Waldmann-Selsam**. Die Ärztin wurde 1951 geboren und ist schon viele Jahre in der Energiepolitik tätig. Dort strebt sie unter anderem einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie an. Desweiteren engagiert sie sich von Bamberg aus für einen fairen Handel mit Gütern aus Entwicklungsländern – auf dem Foto präsentieren die GAL-Vorstandsmitglieder übrigens ein solches Produkt: ein fair hergestellter und gehandelter Ball.

Als „Schatzi“ (Kassier) fungiert **Andreas Becker**: Er ist Dipl.-Pädagoge und Einzelhandelskaufmann, 34 Jahre alt und seit 10 Jahren in Bamberg! Von Oktober 1991 bis Mai 2000 war er als führendes Mitglied der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) aktiv und als solches auch Mitglied im Bamber-

ger Stadtrat. Nach der Landtagswahl 1998 setzte er sich überregional für eine „Wiedervereinigung“ der ödp mit den GRÜNEN ein. Nachdem dies innerhalb der ödp scheiterte, verließ er die Partei und engagierte sich heute bei B90/Grüne. Nach sechs Jahren Stadtratspolitik „auf Bordsteinkantenhöhe“ freut er sich jetzt auf gesamtgesellschaftliche Themen: Globalisierung, Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Schutz des menschlichen Lebens, Bewahrung der Schöpfung und Zukunft der liberalen Demokratie.

Als Kreisgeschäftsführerin arbeitet **Rune Hemmerling** (geb. 1976) dem grünen Kreisvorstand zu und ist für Plenum, GAL-Rundbrief, Mitgliederbetreuung und Büroorganisation zuständig. Die gelernte Erzieherin studiert derzeit Psychologie in Bamberg. Sie setzt sich insbesondere in den Politikbereichen Bildung, Frauenpolitik, Antifa, Antiatomkraft und Klimaschutz ein.

neigez

Botschaft Konsumrausch

Auch dieses Jahr wird der „Europaweite Autofreie Tag“ in Bamberg nicht wie überall in Europa am 22. September stattfinden, sondern am Tag des Lange-Straßen-Fests. Und zu erwarten ist: Auch diesmal wird der Schwerpunkt nicht darauf liegen, die City als wertvollen Lebensraum darzustellen, sondern Konsum, Fun und Werbeaktionen der Geschäfte werden dieses Event bestimmen. Schon letztes Jahr warb der Einzelhandel vor allem mit den Parkplätzen in der Innenstadt, wies aber nicht auf die umweltfreundlichen Alternativen per Bus und Park&Ride hin. Und die Lange Straße war paradoxerweise voll gestellt mit schicken Luxuskarossen eines Bamberger Autohändlers. Botschaft „autofrei“? – negativ.

Dabei ist die Zielsetzung des Aktionstages klar: In vielen europäischen Städten wird öffentlicher Raum dem motorisierten Verkehr entrissen, um ihn für Menschen frei zu halten. Damit Straßen und Plätze nicht nur als Möglichkeit begriffen werden, die enormen Blechlawinen in der Innenstadt einigermaßen geregelt hin und herzubewegen bzw. vorübergehend abzustellen. Sondern damit Straßen und Plätze als einladend erlebt werden, zum Stehenbleiben, Flanieren, Hinsetzen und Unterhalten, Kaffeetrinken und Spielen. Der Hintergedanke des Aktionstages: Beispiel geben, wie Innenstadt sein könnte – gewissermaßen Werbung für den Lebensraum Innenstadt. Doch gerade in Verbindung mit dem Lange-Straßen-Fest wird diese Botschaft kaputt gemacht: Nicht nur durch Massentrubel und beklemmende Enge, sondern gerade auch durch die sichtliche Außerplanmäßigkeit dieses Fests, die nicht eine mögliche Lange Straße ohne Autos ausprobiert, sondern eine Lange Straße im Eventtaumel und Konsumrausch.

Das Lange-Straßen-Fest ist schon okay, aber es hat schlichtweg eine andere Ausrichtung als der europaweite autofreie Aktionstag. Ein kleiner städtischer Info-Stand mit engagierten Umweltamt-MitarbeiterInnen wirkt da nur noch lächerlich. Schade drum.

KOPIER-DRUCK LADEN
(im COPY SHOP) Fischstr. 8
96047 Bamberg Tel. 09 51 / 9 82 12-0
8.00 - 19.00 offen!

T-Shirt-Druck
von Ihrer farbigen Vorlage incl. T-Shirt

Sonderpreis
7,90 €

Alles lecker - alles bio - alles frisch!
Naturkost aus dem Fachgeschäft der Innenstadt.

Naturkost **Endres**
FEINES ZUM LEBEN®
Schützenstraße 1A - 96047 Bamberg
tel. 09 51 / 20 18 13 - fax 20 19 12
e-mail bioendres@aol.com

Mehr Fläche für Naturkost!
Leckere, biologische, frische Lebensmittel aus dem Fachmarkt.

BiOMarkt
...mit Natur!
Endres
Moosstraße 97 - 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 68 - fax 917 60 69
e-mail bioendres@aol.com

Gastkommentar

Klaus Kropf

Quo vadis, Kindertagesbetreuung?

Heute ist der Kindergartenbesuch eine Selbstverständlichkeit. Kinder können hier für das Leben lernen: Verhalten in der Gruppe, Werte erkennen, Toleranz und Durchsetzungsvermögen erlangen. Der Staat unterstützt Kindertagesstätten mit einem großen Anteil von 80% der Kosten. Er tut dies aus vollem Eigennutz, denn diese Kinder tragen Staat und Gesellschaft nur 15 Jahre später als volljährige Bürger.

Die Fürsorgepflicht des Staates findet aber ihre Grenzen gerade bei den Finanzen. Man versucht mit betriebswirtschaftlichem Unternehmertum die Ausgabenseite in den Griff zu bekommen. Und auch die anderen Finanzierungspartner, Kommune und Träger, sind unter Kostenoptimierungsdruck.

Erste Konsequenzen in Bamberg: Die Eltern werden seit Jahren zunehmend über höhere Beiträge mehr belastet, damit der Trägeranteil nicht mehr steigt. Zwangsläufig werden Gruppengrößen bis zur maximalen Anzahl von Kindern, bei knapper Personalstärke, hochgefahren. Die Kommune will ihren Anteil bei der Kindergartenfinanzierung ebenfalls verringern. Es obsiegt somit die Ökonomie vor sozialen Ansprüchen, obwohl keiner bei den Kindern sparen will.

Angesichts von Steuerreformchen, hohen Mieten und Lebenshaltungskosten, sowie ständigen VertEURungen (z.B. +24% Familienjahreskarte der Bamberger Verkehrsbetriebe) und den anbietenden familienfreundlichen Versprechen aller politischen Couleure vor der Bundestagswahl ist dies ein Faustschlag in das mütter- und väterliche Gesicht.

Was muss unsere Gesellschaft tun? Sie muss endlich familien- und kinderfreundlich werden! Im Kleinen: „Geräusch“-Toleranz bei Spiel- und Sportplätzen, gelebte ehrliche Freundlichkeit und Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Im

Großen: Weg vom ökonomischen Leistungsprinzip, hin zu einem humanistischen Prinzip. Die Interessen der Familien müssen eindeutig vor allen anderen Interessen gestellt sein!

Das haben wir bis heute nicht erreicht. Auch in Bamberg ist dies sichtbar! Das Weltkulturerbe leistet sich viel! Für Kultur! Konzerthalle mit einem Orchester von Weltrang, neues Theater mit altem Innenraum, Investorensuche und Bereitstellung der Infrastruktur für eine Basketball- und Veranstaltungsarena, Museen und Ausstellungen mit gutem Ruf weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Werden Leistungen für Familien mit Kindern im gleichen Maß erbracht? Die Antwort ist eindeutig. Eine engagierte Spielplatzbetreuung durch das Gartenamt reicht bei Weitem nicht aus. Ein Kindergartenplatz für jedes Kind ab drei Jahren ist ebenfalls zu wenig – damit werden nur gesetzliche Erfordernisse erbracht. Zusätzlich muß sich eine Reform, die einen Wettbewerb unter Kindergärten nach ökonomischen Prinzipien fordert und die Pädagogik nur schemenhaft definiert, äußerst kritisch beurteilen lassen.

Hier setzt die Arbeit der Interessengemeinschaft der Eltern der Bamberger Kindergartenkinder (I.G.E.L.) an: Anwalt und Sprachrohr für eine ansonsten graue Masse sein. Wir Eltern sprechen ab sofort qualifiziert mit!



Klaus Kropf (38) hat vier Kinder, ist sozial engagiert, parteilos und war Mitbegründer von I.G.E.L.

„Mir ist wichtig, etwas in die richtige Richtung anzuschieben“

Im Gespräch mit Ursula Sowa, Direktkandidatin von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Bamberg-Forchheim. Über ihre politischen Ziele, ihre Beurteilung der bisherigen Regierungsarbeit und ihr Verhältnis zur grünen Partei.

99Z: Was zieht dich nach über zwölf Jahren Kommunalpolitik in Bamberg jetzt auf die bundespolitische Ebene nach Berlin?

Ursula Sowa: Gerade die zwölf Jahre Stadtratsarbeit haben mir gezeigt, wie wesentlich die Zusammenhänge zwischen den politischen Ebenen sind, wie wichtig es ist, dass diese Ebenen fruchtbar zusammenarbeiten – Kommunen, Land, Bund und Europa. Nur ein Beispiel: Als bei der Reform der Zollbehörden bekannt wurde, dass Bamberg das Hauptzollamt verliert, war die Stadt wie vor den Kopf geschlagen. Erst als wir Grüne

„Stadtentwicklung ist mehr als Häuslesanieren.“

unsere Bundestagsabgeordnete Christine Scheel eingeschaltet haben, konnten wir die Hintergründe der Entscheidung übersehen. Und umgekehrt konnten wir Christine Scheel klar machen, wie wichtig für die Stadt ein adäquater Ersatz ist. Das sollte natürlich nicht nur auf grüner Ebene, sondern generell ablaufen. Genau da möchte ich mich dahinter klemmen: mehr Informationsaustausch, mehr Kommunikation, gegenseitiges Verständnis für Entscheidungen und Bedürfnisse.

99Z: Das klingt jetzt sehr nach unparteiischer Moderatorin – wolltest du nicht auch als Vorkämpferin für Oberfranken nach Berlin?

„Der Flächenverbrauch ist leider auch unter Rot-Grün riesig geblieben.“

Ursula Sowa: Das natürlich auch. Wenn Oberfranken berechnete Ansprüche hat – und das hat es, wenn man sich die Arbeitsmarktzahlen ansieht – dann werde ich natürlich die oberfränkische Fahne hoch halten. Das ist ja gerade das Ausgleichende und Ausbalancierende, das ich meine. Oberfranken ist seit langem benachteiligt und stellt jetzt angemessene Forderungen.

99Z: Wo sollen deine politischen Schwerpunkte liegen?

Ursula Sowa: Stadtentwicklung, was auch schon bisher mein politischer Schwerpunkt war. Wobei ich Wert darauf lege, dass ich darunter nicht nur „Häuslesanieren“ oder Strafenplanung verstehe, sondern ganzheitliche Stadtentwicklung. In dem von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegten Programm „Die Soziale Stadt“ ist das beispielhaft verwirklicht. Hier wird auch gefragt: Was

brauchen Kinder und alte Menschen in dem Viertel? Gibt es genug Grünflächen? Gibt es regionale Wirtschaftsstrukturen, die gefördert werden müssen (in Bamberg wären das z.B. die Gärtner)? Braucht man Integrationsangebote für ausländische BürgerInnen? usw.

99Z: Wie bist du denn persönlich mit der Politik der grünen Regierungspartei zufrieden?

Ursula Sowa: Wenn ich super zufrieden wäre, bräuchte ich ja nicht zu kandidieren....

Aber ernsthaft: Die Grünen haben vieles auf den richtigen Weg gebracht: die Förderung erneuerbarer Energien natürlich als absolutes Highlight, Ökosteuer, die Eingetragene Partnerschaft, Verbraucherschutz, das neue Naturschutzgesetz, auch den Atomausstieg und das Zuwanderungsgesetz – die Grünen sind tatsächlich der Reformmotor in der Regierung.

99Z: Na, gerade bei Atomausstieg und Zuwanderungsgesetz werfen viele den Grünen Verrat an ihren eigentlichen Zielen vor und verlangen die Koalition zu verlassen.

Ursula Sowa: Diese Meinungen teile ich nicht. Man hat seine idealen Ziele noch nicht verraten, nur weil man sie nicht 100%ig umsetzen kann – wir haben schließlich nicht die absolute

www.ursula-sowa.de

Mehrheit im Bundestag. Mir ist wichtig, etwas in die richtige Richtung anzuschieben. Sich einfach aus der Verantwortung



Ursula Sowa

Foto: Judith Siedersberger

auszuklicken und nur zu kritisieren – das ist nicht meine Art.

99Z: Siehst du auch Versäumnisse der rot-grünen Regierung?

Ursula Sowa: Na klar – gerade in meinem Bereich gibt es noch viel zu tun. Der Flächenverbrauch durch neue Wohn-, Ge-

und der Grundsteuer ist längst überfällig. Und die Gemeindefinanzreform, von den Grünen gerade wieder neu in die Debatte gebracht, muss endlich realisiert werden. Ich finde es übrigens auch gar keine Schande, zuzugeben, dass es noch Defizite gibt. Man muss sich natürlich vornehmen, sie anzupacken.

99Z: Und die Gretchenfrage: Wie beurteilst du eine Grünen-Unterstützung für Kriegseinsätze?

Ursula Sowa: Das bedrückt mich sehr, auch wenn ich weiß, dass die Grünen es sich beim Afghanistan-Einsatz nicht leicht

gemacht haben. Innerhalb der Grünen will ich mich hier für die Position stark machen, die Krieg als falsches Mittel zur Terrorismusbekämpfung ansieht. Meiner Meinung nach muss eine gezielte polizeiliche und strafrechtliche Vorgehensweise gewählt werden. Einen möglichen Angriff der USA auf den Irak halte ich für nicht akzeptabel. Ich würde dem als Bundestagsabgeordnete auch nicht zustimmen, wenn die Koalition deshalb auf dem Spiel steht. Das ist übrigens auch der Standpunkt der Bamberger GAL, den ich auf Bundesebene mit Nachdruck weiter vertreten will.

99Z: Man hat den Eindruck, Bündnis 90/Die Grünen sind von der ehemaligen alternativen Protestpartei jetzt zur völlig etablierten Partei geworden – mit Postenschacherei und Machtgeklüngel. Bist du darüber enttäuscht?

Ursula Sowa: Wahrscheinlich ist diese Entwicklung normal und unvermeidlich. Auch die Grünen sind keine Insel mit lauter Gutmenschen. Aber, was ich bei den Grünen schon immer – und auch heute noch – positiv finde, ist, dass Kritik geäußert

„Die Grünen sind der Reformmotor in der Regierung.“

wird, und zwar lautstark. Das ist ein unverzichtbares Regulator, und das gibt es so auch nur in der grünen Partei.

Das Interview führten Sylvia Schable und Dr. Gerd Rudel.

So alt wie neu: Grüne Familienpolitik

Mit der Reform der Kinderbetreuung haben die Grünen große Ziele

Was ist die herausragendste Neuentdeckung im vergangenen halben Jahr? Richtig, die Familienpolitik. Im Berliner Regierungsviertel, auf Parteitag, in Wahlbroschüren: Familie, Familie, Familie. Alle Parteien erhoffen sich Wählerstimmen, und auch Bündnis 90/Die Grünen mischen kräftig mit.

Familienpolitik ist nicht gerade etwas, mit dem Grüne bisher großartig in Erscheinung getreten wären. Zumindest nicht auf den ersten Blick. Aber die Forderung nach mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten und nach Anerkennung der jetzt neu benannten „Ein-Eltern-Familie“ sind alte frauenpolitische Ziele der Grünen. Kinderarmut wurde (vielleicht zu Unrecht) unter dem altbekannten Grünen-Konzept einer allgemeinen sozialen Grundversicherung subsumiert. Hinter der verkehrspolitischen Forderung nach Tempo-30-Zonen verbarg sich immer auch die Sorge um mehr Sicherheit für Kinder im Straßeraum. Und einer der Gründungslogans

der grünen Partei, „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, bringt die ökologische Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen auf den Punkt.

Jetzt aber wird Familienpolitik auch bei „Grün“ direkt, konkret und explizit formuliert. Man will zeigen, was man hat und was man kann. Hier einige Zielsetzungen aus dem Punkt Kinderbetreuung im grünen Wahlprogramm:

► Einführung des schwedischen Modells: Lohnersatzleistungen werden vom Staat dann gezahlt, wenn die Eltern sich die Erziehungszeiten teilen

► steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten ab dem ersten Euro

► steuerrechtliche Berücksichtigung des besonderen Betreuungsbedarfs von Alleinerziehenden

► langfristiges Ziel: beitragsfreie Kindertagesstätten und öffentliche Betreuungsangebote für alle Kinder von 0 bis 14 Jahren

► Aufwertung der ErzieherInnenarbeit: Ausbildung an Fachhochschulen, bessere Bezahlung

► Tagesmütter sollen qualifiziert und ins öffentliche Erziehungssystem aufgenommen werden

► Einrichtung von „Kinderkassen“ auf lokaler Ebene: hier sollen Eltern staatliche Unterstützungsleistungen direkt, übersichtlich und vor Ort abrufen können

Wussten Sie schon,...

...dass immerhin 54% aller BundesbürgerInnen in einer Familie leben, das heißt in Partnerschaft oder allein mit Kind(ern)?

...dass in den neuen Bundesländern 17% der allein Erziehenden auf Sozialhilfe angewiesen sind, in den alten Bundesländern sogar 33%?

...dass ein Fünftel aller Haushalte über 45,8% des Nettovermögens verfügen, die anderen vier Fünftel sich den Rest aufteilen müssen?

Grün wirkt

Interessieren Sie sich für das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen 2002 – 2006?

Sie finden es unter www.gruene.de
Wir schicken es Ihnen auch gerne per Post zu.
Bitte bestellen bei GAL Bamberg, Austr. 14, 96047 Bamberg, Tel./Fax 22280.

Und Sie können auch selbst mitwirken, dass Grün wirkt:

Mit einer Spende an
B90/Grüne, KV Bamberg-Stadt,
Konto 578 012 304
BLZ 770 500 00.
Sparkasse Bamberg

Vielen Dank!

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE
Steinfligerausstellung
im Hinterhof
Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

MUSSAROL
Bamberger
Kräutergärtnerei
Kräuter + mehr aus ökologischem Anbau
Gewürz- und Teekräuter
Duft- und Aromapflanzen
ausgefällene Duftgeranien
Öko-Gemüse aus der Region
Verkauf von Mai bis Oktober:
Mi + Fr: 14.30 - 18.30 Uhr
+Sa: 9.00 - 13.00 Uhr
direkt ab Gärtner:
Sa: auf dem Bauernmarkt
Nürnberg Str. 86, Bamberg, Tel. 22003

Gardinen
Möbelstoffe
Eigene Polsterwerkstatt
Sonnenschutz
Tischdecken
Handwebteppiche
Fachmännische Beratung
Tel. 09 51 / 6 29 13 - Sechsenstr. 32 - 96062 Bamberg

Über
130 Jahre
Geogr. 1858

Rainer Schmitt
- Meisterbetrieb -
Polstermöbel - Raumausstattung

Die Unabwendbarkeit der Globalisierung

Es geht nicht mehr um das Ob sondern um das Wie – Die Globalisierung muss gerecht, demokratisch, sozial und ökologisch sein



„Globalisierung“ ist ein Modetbegriff unserer Zeit. Während viele Menschen die undurchschaubar gewordenen Prozesse der Globalisierung teils instinktiv teils argumentativ ablehnen, beschwören andere das Gegenteil. Eine „gerechte Globalisierung“ verlangen auch die Bündnisgrünen. Und selbst die internationale Basisbewegung Attac, von den Medien als „Globalisierungsgegner“ titulierte, fordert in Wahrheit eine „Globalisierung von unten“. Anscheinend geht es also nur noch um das „wie“,

nicht mehr aber um das „ob“ der Globalisierung.

Der Begriff der Globalisierung hat in den gut 15 Jahren seiner Existenz bereits einen Bedeutungswandel vollzogen. Ursprünglich wurde mit dem Begriff ausschließlich die zunehmende globale Verflechtung der Ökonomien, insbesondere der Finanzmärkte bezeichnet.

Die Existenz globaler Mächte hat jedoch viele Schattenseiten: immer mehr Armut, die Vernichtung der Existenzbedingungen traditioneller Produzenten, Ausbeutung der Menschen

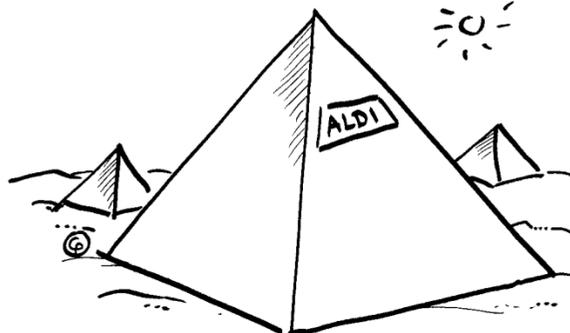
in armen Ländern durch global agierende Produktionsfirmen, Verlust kultureller und sozialer Vielfalt und beschleunigter ökologischer Raubbau.

Schlimm ist allerdings auch die Alternative „Entkoppelung von der Globalisierung“: wenn ärmste Regionen von den Global Players daran gehindert werden, am Weltmarkt teilzuhaben. Folge ist, aufgrund mangelnder eigener Ressourcen, eine Verstärkung der dortigen Problemlage von Hunger und Armut.

Doch auch innerhalb der Industriestaaten gibt es Gewinner und Verlierer. Sozialstaat und ökologische Standards geraten

ben, im Sinne von Solidarität, Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. Als wesentliche Handlungsoptionen hierfür sind zu nennen:

- ➔ Besteuerung internationaler Finanztransaktionen
- ➔ Demokratisierung des Internationalen Währungsfonds
- ➔ Durchsetzung des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz
- ➔ Zusammenwachsen Europas in einer demokratisch reformierten EU
- ➔ soziale und ökologische Richtlinien für das Welthandelsabkommen GATT
- ➔ Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs

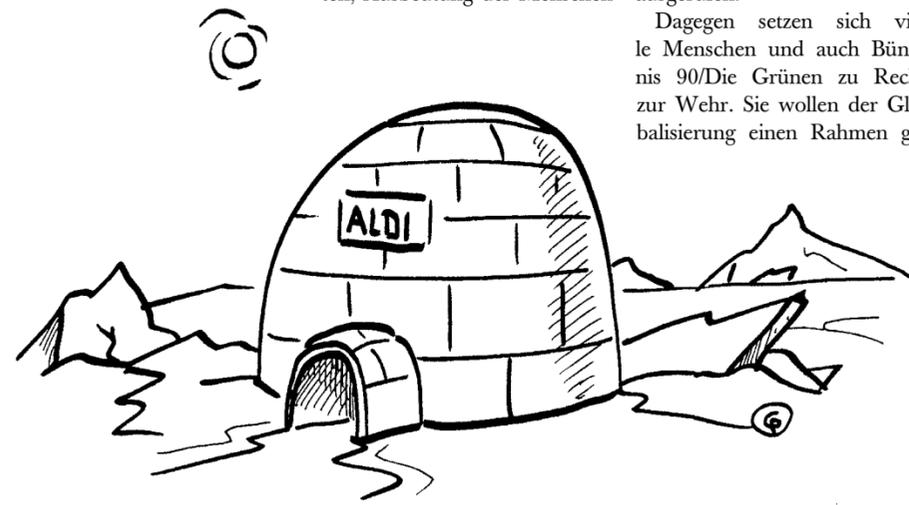


massiv unter Druck. Neoliberale Kräfte propagieren die Logik des Weltmarktes, der Staat sei wie ein Unternehmen zu führen, die „Deutschland AG“ wird ausgerufen.

Dagegen setzen sich viele Menschen und auch Bündnis 90/Die Grünen zu Recht zur Wehr. Sie wollen der Globalisierung einen Rahmen ge-

Positive Aspekte umfasst die Globalisierung freilich auch: Der weltweit mögliche Zugriff auf Informationen durch das Internet oder global wahrgenommene Sportveranstaltungen wie die Fußball-WM lassen Völker und Kulturen zusammenrücken. Zudem gilt: Auch Globalisierungskritiker nutzen die globalen Möglichkeiten und unterhalten mittlerweile weltumspannende Beziehungen.

Gerade diese neuen Akteure und international vernetzten Basisorganisationen werden den Globalisierungsprozess entscheidend mit beeinflussen, weil sie dafür sorgen, dass sich Zivilgesellschaften in die Weltpolitik einmischen. Eine neue Bedeutung von Globalisierung: die Vision einer demokratischen Weltinnenpolitik.



Karikaturen: Christiane Pfohlmann

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt!

SCHUH-LECHNER
...natürlich bequem!

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.

BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

ibitsch Solartechnik

Ihr Spezialist für regenerativ Energie!

Photovoltaik ?

Horst Ebtsch
Schloßstraße 20
96199 Unterleiterboch
Tel.: 09547/8588
fax: 09547/7643

Die Sonne bringt den Strom und Sie erhalten für jede kWh Solarstrom 48 Cent, 20 Jahre lang!

Die Solarstrom-Anlage finanziert der Staat zu 1,9% Zinsen (100.000-Dächer-Photovoltaik-Programm)!

Wir haben über 10 Jahre Erfahrung mit Photovoltaik und bereits über 500.000 Wp Leistung installiert!

Sie rufen uns an und wir finden die ideale Lösung auch für Ihr Dach!

www.ibitsch-solartechnik.de

Solarwärme Solarstrom Luftkollektoren Blockheizkraftwerke Windkraft

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76

Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

UMZÜGE
PETER SCHIELE

Auslands Transporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung - Außenauzug
96052 Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 FAX 6 73 49

>>>> DURCHBLICK NACH BRÜSSEL >>>>

Rückkehr nach Europa

Von der "Rückkehr nach Europa" sprach der frühere Dissident und heutige tschechische Staatspräsident Vaclav Havel nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus für Osteuropa und meinte damit das Verlangen, nicht länger von der Entwicklung der liberalen europäischen Demokratien abgeschnitten zu sein. Heute, knapp dreizehn Jahre später, ist immer noch kein osteuropäisches Land Vollmitglied der EU.

Während Polen, Ungarn und Tschechien bereits eingebunden sind in das Militärbündnis der NATO, bemühen sich die Zivilgesellschaften dieser und weiterer Länder nach wie vor, die ökonomischen Auflagen der EU zu erfüllen. Größtenteils erreichen sie nur ein Viertel des durchschnittlichen Brutto-Inlandsprodukts der EU-Staaten.

Die neue politische Klasse der östlichen Länder will den EU-Beitritt so rasch wie möglich, doch in der Gesellschaft macht sich zunehmende Skepsis breit. In Polen etwa radikalieren sich die Bauern und wehren sich schon jetzt – teilweise gewaltsam – gegen EU-Importe landwirtschaftlicher Produkte. Hier und da droht

eine Ablehnung des EU-Beitritts per Volksentscheid.

Auch bei den Alt-Mitgliedern hält sich die Begeisterung über eine EU-Osterweiterung in Grenzen. In Deutschland wird befürchtet, dass Kriminalität zunimmt, dass einerseits Produktionsstätten in die östlichen Niedriglohnländer abwandern, andererseits billige Arbeitskräfte durch Migration zu Lohndumping führen.

Immerhin hat die EU eine so genannte "Kommunikationsstrategie für die Erweiterung" aufgelegt: In den Jahren 2000 bis 2006 sollen rund 147 Mio Euro ausgegeben werden, um in Ost wie West die Öffentlichkeit über Beitritt und Konsequenzen aufzuklären und zum Dialog einzuladen.

Bei allen vorauszusehenden Schwierigkeiten im Detail darf nämlich nicht die Gesamtperspektive aus den Augen verloren werden. Ein geeintes Europa sichert nicht nur den Frieden, sondern bietet den Beitrittsländern auch dringend notwendige wirtschaftliche und kulturelle Perspektiven. Und auch Westeuropa wird profitieren: Denn die absolut notwendige Demokratisierung der EU, die Forderung nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bekommt erfahrene Bündnispartner. Schließlich haben die Bürgerbewegungen in Osteuropa schon einmal gezeigt, dass sie Betonstrukturen quasi über Nacht zum Einsturz bringen können.

Geh-Übungen für die Stadtverwaltung

Entwicklungshilfe in Afrika bedeutet heute vor allem: Strukturen schaffen, um auf eigenen Füßen zu stehen

So stellen sich wahrscheinlich die wenigsten einen „Entwicklungshelfer“ vor. Die bauen doch Brunnen oder so und gehen nicht jeden Tag von 8 bis 17 Uhr im Jackett ins Büro und sitzen vor dem Computer! Doch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gibt es seit einigen Jahren eine Verschiebung – weg von der Projektförderung hin zur Institutionenförderung.

von Frank Holtmeier

Oft scheiterten bisher Entwicklungsprojekte, weil es vor Ort an entsprechenden Strukturen und Institutionen fehlt, um sie am Laufen zu halten. Deshalb werden heute nicht in erster Linie Straßen oder Kläranlagen finanziert, sondern die

len. Im Grunde ist der Verwaltungsaufbau in Kenia dem sehr ähnlich, was wir in Deutschland kennen.

Bis vor einem Jahr allerdings hat man bei der Stadt Karatina noch alles manuell gemacht. Dementsprechend lange dauerten viele Vorgänge, und viele Akten waren oft nicht auf dem

für andere Arbeiten verwendet werden. Inzwischen wird Karatina von anderen Verwaltungen bereits als Vorbild angesehen.

Realistische Planung

Auch im Planungsbereich wurden Fortschritte erzielt. Finanz- und Haushaltspläne hatten bisher so gut wie nichts mit der Realität zu tun. Im Local Authority Development Program 1996, einem örtlichen Entwicklungsplan für jeweils fünf Jahre, waren elf ambitionöse Bauprojekte geplant. Verwirklicht wurde davon keines, die meisten noch nicht mal angefangen. Der Grund: Man hatte einfach nicht berücksichtigt, dass man für all die schönen Projekte gar kein Geld hatte.

Bei der Erstellung des Plans 2001 bis 2005 haben wir uns jetzt erst mal zusammengesetzt und abgeschätzt, wie viel Geld wir in den nächsten fünf Jahren für Kapitalprojekte übrig haben und was wir wann finanzieren können. Wichtig war dabei, dass die Stadt sich auf die Steigerung ihrer eigenen Einnahmen konzentriert und nicht auf eine Projektfinanzierung von außen baut.

Dezentralisierung in Kenia

Die Probleme der Kommunalverwaltungen sind grundlegend: Durch Vetternwirtschaft aufgeblähte Verwaltungsapparate, immens hohe Personalkosten (60 bis 100 Prozent Anteil am Gesamthaushalt sind keine Seltenheit), Korruption und politische Machtkämpfe. Trotzdem schlecht bezahlte und entsprechend minderqualifizierte Beschäftigte. Dazu noch eine starke Einflussnahme der kenianischen Zentralregierung,



Karibu in Karatina heißt seine BesucherInnen willkommen. Die ostafrikanische Kleinstadt liegt rund 125 Kilometer nördlich der Hauptstadt Nairobi, direkt am Fuss des Mount Kenya und besitzt einen der größten Märkte Kenias.

die den Kommunen das Leben schwer macht.

Eine funktionierende lokale Verwaltung ist aber unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung einer modernen oder sich modernisierenden Gesellschaft. Der DED unterstützt seit rund zwei Jahren die Dezentralisierung in Kenia und ist momentan in fünf Kommunen mit BeraterInnen tätig. Zielgruppe sind dabei sowohl die Beschäftigten der Kommunen als auch die gewählten GemeindevertreterInnen und die Bürger und Bürgerinnen. Deren Beteiligung an den Planungs- und Entscheidungsprozessen will man fördern, um so die Demokratisierung von unten zu stärken. Das Programm soll ausgebaut werden, und man hofft, dass ein positiver Einfluss von den Partner-

städten auf andere Gemeinden ausgeht.

Karatina ist eine von vier kenianischen Pilotstädten, in denen ein neu entwickeltes „Integriertes Finanzmanagement System“ getestet werden soll. Mit diesem computergestützten Informationssystem sollen zukünftig alle finanziellen Transaktionen erfasst und mit den Planungen abgeglichen werden. Vorteile: mehr Kontrolle bei den Einnahmen und Ausgaben, Probleme können schneller erkannt und angegangen werden, Daten für eine realistischere Finanz- und Projektplanung sind direkt verfügbar.

Kommunaler Nord-Süd-Dialog

Wünschenswert wäre es, wenn es im Rahmen der Agenda-21 auch zu einem verstärkten Austausch zwischen Kommunen im Norden und im Süden kommen würde. Nord-Süd-Städtepartnerschaften könnten eine wichtige Quelle gegenseitigen Lernens und Austauschs von Know-How sein, die Probleme – leere Stadtsäckel – sind ja hier und da oftmals die gleichen. Vielleicht wäre das ja auch mal eine Überlegung für die Bamberger Stadtväter und -mütter, ob sie nicht ein wenig mehr Verantwortung für diese Eine Welt übernehmen wollen...

Frank Holtmeier, Verwaltungswirt und Politologe, arbeitet seit Oktober 2000 als Berater für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Kenia im Bereich „Förderung der Kommunalen Selbstverwaltung“. Von 1992 bis 1997 war er Fraktionsgeschäftsführer der GAL. Er ist erreichbar unter FrankHoltmeier@web.de

Grenzen und Möglichkeiten

Entwicklungszusammenarbeit (EZ) kann einen wichtigen Beitrag für eine gerechtere Welt leisten. Sie alleine kann die Verteilungsprobleme auf dieser Welt aber nicht lösen. Hier wären vor allem Veränderungen in den Welthandelsbeziehungen gefragt.

Für die EU würde dies eine weit reichende Reform der heutigen Agrarsubventionen bedeuten, deren Höhe die Mittel für die EZ übigens bei weitem übersteigt.

Produktionsüberschüsse in der EU machen Märkte im Süden kaputt, während sich die europäischen Märkte über Zölle abschotten. Nicht zu viel Liberalisierung ist hier das Problem, sondern zu wenig.

Aber auch hier dienen die herrschenden Spielregeln in erster Linie den Mächtigen. Denn sonst gäbe es den echten Freihandel, den wir dem Süden immer predigen. Damit wäre der Dritten Welt weit mehr geholfen, als mit Entwicklungshilfegeldern, die in der augenblicklichen Situation kaum mehr als ein Reparaturbetrieb sein können.

FH



Frank Holtmeier (rechts) zu Gast bei einem seiner kenianischen Kollegen, Patrick Ngetha, Administrative Officer Karatina Municipal Council

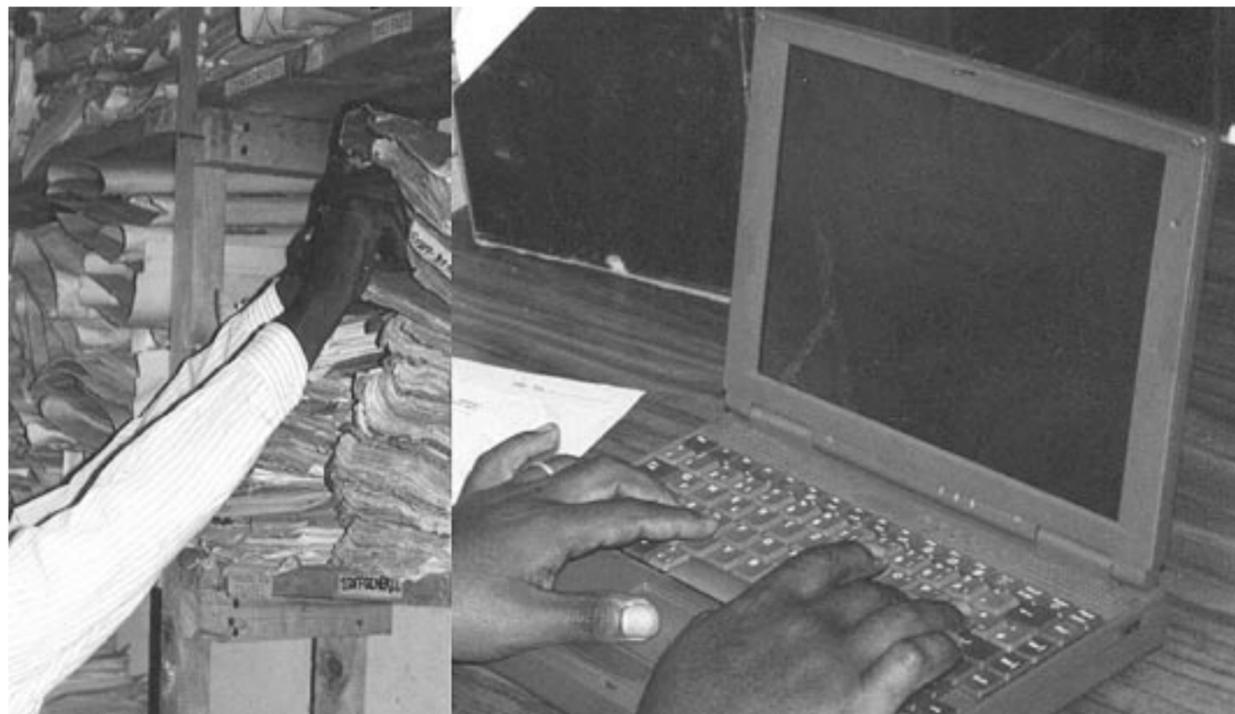
Kommunen werden in die Lage versetzt, dies selbst zu tun. Oftmals fehlt es nämlich weniger am Geld als am Know How und an Managementfähigkeiten.

Motivationsschub PC

In meinem Projektort Karatina wurde ich sehr freundlich aufgenommen, weil die Leute in der hiesigen Kommunalverwaltung mit mir zusammen wirklich etwas voran bringen wol-

neuesten Stand, was sich insbesondere negativ auf die Finanzverwaltung auswirkte. Der DED und die Stadt entschlossen sich, die Kosten für ein kleines Computernetzwerk zu teilen, die Schulung des Personals übernahm ich.

Mit Computern zu arbeiten war für die Kollegen und Kolleginnen hier ein enormer Motivationsschub, und für Dinge, die früher eine Woche gedauert haben, brauchen wir jetzt nur noch eine Stunde. Die frei werdenden Ressourcen können so



Verwaltung in Kenia, gestern und heute: Tagelanges Suchen nach Daten soll durch moderne Computertechnik Vergangenheit sein.

Fotos: Frank Holtmeier

Sparkonzept mit beschränkter Haftung

Mittlerweile pfeifen es die Spatzen von Bambergs Dächern: Die Stadt steckt in einer schlimmen Finanzmisere. Seit 2000 werden die jährlichen Etats von der Regierung von Oberfranken nur noch gegen Auflagen genehmigt. Die Stadt hat deshalb ein so genanntes Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeitet, das die Ausgaben verringern und aus der Verschuldungsspirale heraus führen soll. Nur: Der beste Sparplan nutzt nichts, wenn es den politisch Verantwortlichen an Disziplin fehlt.

Am ehesten erreichen noch die städtischen Bediensteten das ihnen zwangsweise auferlegte Ziel, 5 % der Personalausgaben innerhalb von drei Jahren einzusparen. Ein Lob an dieser Stelle an viele Beschäftigten, die bei geringerem Personaleinsatz erheblich mehr leisten müssen.

Im Stadtrat hingegen ist es um die Sparmoral weniger gut bestellt. Immer mehr Ausnahmen und Sonderwünsche, die eher wählerwirksame Publicity als verantwortungsvolles Haushalten widerspiegeln (siehe Kästen), leisten sich die politisch Verantwortlichen.

Doch damit ist das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht. Für das neue Museumsmagazin müssen künftig jährlich mindestens 20.000 Euro bereit gestellt werden, für die neue Stadtbücherei mindestens 250.000 Euro. Wenn von dem künftig zu erwartenden Defizit der Bamberger Symphoniker die Stadt weiterhin 10% tragen soll, so sind das jährlich weitere 350.000 Euro. Das Theater wird nach dem Umbau sein jetziges Budget von 2 Mio Euro nicht halten können – ein jährlicher Mehrbedarf von 200.000 Euro ist im Gespräch.

Von der Stadtratsmehrheit wurde ein Parkleitsystem be-

schlossen und im Wahlkampf vollmundige Versprechungen auf den Bau der Kronacher Straße gemacht. Eine Bahnsteigunterführung mit Parkplatz östlich der Bahnlinie und ein neuer Schiffsanlegesteg stehen ebenfalls noch auf dem Wunschzettel. Wie die Stadt dann noch alljährlich ca. 500.000 bis 1 Mio Euro zurücklegen will, um 2010 die geplante Landesgartenschau zu finanzieren, ist wohl jedem vernünftig Rechnenden ein Rätsel.

Zur Klarstellung: Auch die GAL hält viele dieser Ausgaben für gerechtfertigt. Aber mit der eben beschriebenen fröhlich-lockeren Großzügigkeit, mal für dieses, mal für jenes Projekt, verhält sich die Stadtratsmehr-

heit, als könne sie mit Geld um sich werfen – und das ist schlichtweg verantwortungslos. Was die politisch Verantwortlichen erarbeiten müssten (und die GAL seit langem fordert), ist eine Prioritätenliste, auf der alle wünschenswerten Projekte in eine klare Rangfolge gebracht werden. Je nach dem aktuellen finanziellen Spielraum könnten diese Projekte dann in der vorgegebenen Reihenfolge verwirklicht werden.

Aber das würde allen StadträInnen klare politische Entscheidungen für und auch gegen die einzelnen Vorhaben abverlangen. Für eine solche klare, aber eben wenig publikumswirksame Politik fehlte bisher der Mut.

Diese Mehrausgaben im Vergleich zu 2001 (in Euro) hat die Stadtratsmehrheit beschlossen und überschreitet damit die Grenzen des Haushaltskonsolidierungskonzepts:

Straßenunterhalt	143.000	Stadtplanungsbeirat	75.000
Winterdienst	39.600	Arbeitsgemeinschaft Bamberg-Forchheim	25.600
Magazin Historisches Museum	44.000	Landesaussstellung Heinrich II	85.000
Zuschuss Bamberger Symphoniker	66.300	Betriebszuschuss Nervenklinik	270.000
Budget Theater	50.000	Zuschuss Nordbayer. Musikbund	30.000
Budget Musikschule	14.000	Stadtbücherei	180.000
Budget Volkshochschule	12.000		

RATHAUSMA 99Z IN

Sportlicher Regelverstoß

Der Sport hat seine eigenen Gesetzmäßigkeiten. Da muss nicht unbedingt der Sieger sein, wer sich am geradlinigsten an vorgegebene Regeln hält. Bestes Beispiel: SPD-Stadtrat und lokaler Sportvereins-Lobbyist Ewald Mehringer.

Am 19. Dezember 2002 beschloss der Stadtrat (inklusive der Stimme von Mehringer), wegen der städtischen Finanzmisere sämtliche freiwilligen Leistungen (also auch für Sportvereine) bis Ende September zu sperren.

Keine drei Wochen später aber schmeckte Mehringer diese neue Spielregel offenbar nicht mehr. Er stellte zur Freude aller Sportvereine den Antrag: „Die Investitionszuschüsse für Bamberger Sportvereine werden sofort freigegeben.“

Der Schaufensterantrag wurde vom Finanz- und Wirtschaftssenat erwartungsgemäß abgelehnt. Aber was soll's?! Mehringer erntete eine gute Presse, bestimmt vielfaches Schulterklopfen bei seinen SportsfreundInnen und sicher

auch einige Stimmen bei der bald darauf folgenden Kommunalwahl. Da gehört so ein kleiner Regelverstoß eben zum Sport-Polit-Geschäft.

Ein bisschen daneben gerechnet...

Welchen Beruf würden Sie jemandem zutrauen, der weder schwimmen, rudern noch ein Schiff steuern kann? Kapitän? – Und an welcher Position würden Sie jemandem vermuten, der des Rechnens, Bauens und Städteplanens unkundig ist? Ja, richtig – an der Spitze des Baureferats der Stadt Bamberg.

Die Glanzleistung seiner beruflichen Fähigkeiten lieferte Baureferent Otmar Strauß jüngst bei der Nördlichen Promenade.

Aufgrund umfangreicher Kanalarbeiten hatte die Stadt beschlossen, den Platz komplett neu und ansprechender zu gestalten. Erwartete Kosten für die Stadt – laut Strauß (Oktober 1999): 250.000 DM. Denn den größten Teil der Kosten, so Strauß, habe ohnehin der für Kanalbau zuständige Entsor-

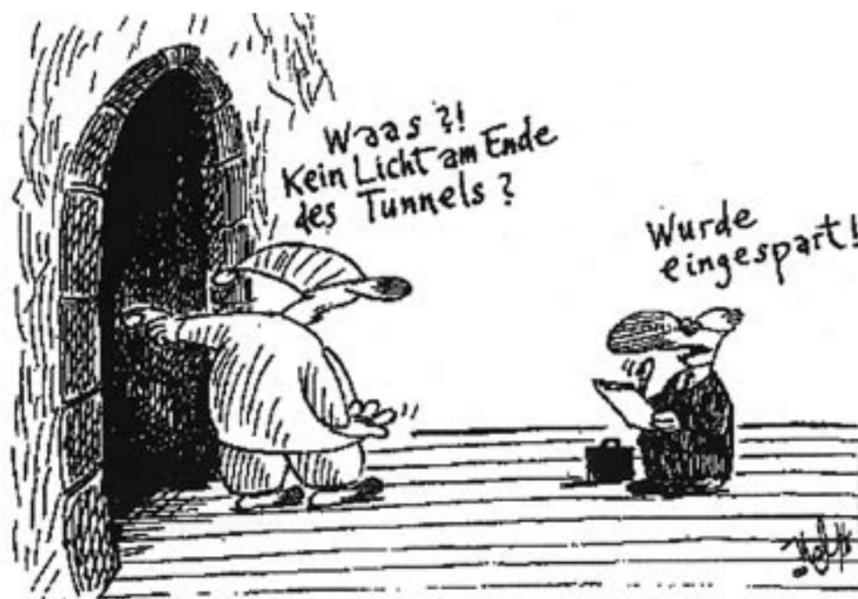
gungs- und Baubetrieb zu schultern (Finanzierung gesichert). Die Stadt müsse lediglich das finanzieren, was sie sich an zusätzlichen Gestaltungsmaßnahmen leisten will, z.B. Spielplatz, Bänke etc.

Fröhlich fing man an und buddelte munter drauf los. Bis im März 2002 der Baureferent gegenüber dem Stadtrat zugeben musste, dass er sich doch ein bisschen verrechnet hatte. Der aus dem Stadtsäckel zu zahlende Anteil belief sich nun doch auf 1.850.000 DM – ein kleiner Planungs- und Rechenfehler um rund 700% – kann ja mal vorkommen.

Sprüch ausm Stadtrat:

Andreas Starke (SPD-Stadtrat und Rechtsanwalt):
„In jedem Menschen steckt ein Prozess.“

Peter Neller (CSU) bei der Diskussion, ob die Verwaltung mehr Kompetenzen haben soll:
„Der Verwaltung kann man nicht trauen.“



GALiges

Steter Jammer höhlt den Geist

Was? Sie wissen es noch nicht? Dass Bamberg ein strategischer Stützpunkt der Opposition ist – im bundesweiten Wahlkampf um die Bundestagswahl? Und dass im Zentrum der Strategie ein Bamberger steht: unser aller Oberbürgermeister? Die Strategie läuft intern unter der Bezeichnung „WdL“ (Wählerzermürbung durch Lamentieren). Und in einer für ihn wie maßgeschneiderten Aufgabe kann Herbert Lauer seine Qualitäten so richtig unter Beweis stellen. Er fungiert als kleiner fränkischer Gefährte des bayerischen Truppenführers Edmund und kämpft tapfer an der Heimatfront des Jammers. Seine Stärke sind miese Stimmung, lamentierende Reden und jammervolles Schwadronieren über die schlechten städtischen Finanzen und die „skandalöse“ Steuerpolitik von Rot-Grün. Seine Einsätze hat er im lokalen Rundfunk und in der Presse, aber auch bei Stadtratssitzungen, Som-

merfesten und Johannisfeuern. Sein Grundsatz ist: „Steter Jammer höhlt den Geist.“ Kämpfer Herbert ist immer und überall. Und er jammert immer und überall.

So sehr konzentriert sich der Oberbürgermeister auf seine strategische Rolle, dass er fast nicht mehr zum Regieren kommt. Doch voll Furcht start er jetzt auf den Wahltag am 22. September, an dem sich alles entscheidet. Denn er hat erkannt: Was, wenn die Strategie Erfolg hat? Wenn zur Überraschung aller am Ende Edmund mit seinen schwarz-gelben Mannen als Sieger aus der Schlacht gegen Gerhard und die Rot-Grünen hervorgeht? Würde das heißen, dass Herbert aufgehört muss, zu jammern? Nicht auszudenken!

Dann soll doch lieber Edmund in Bayern bleiben, damit auch Herbert weiter jammern kann: professionell, beharrlich und unübertrefflich wie immer.

Gastkommentar

Christian Ascherl

Beschäftigte an Reform beteiligen

Die Stadt Bamberg plant, ab dem 1. Januar 2003 die städtischen Einrichtungen Klinikum, Nervenklinik St. Getreu sowie die Altenheime Antonistift und Bürgerspital unter dem Dach einer neu zu gründenden Stiftung zusammen zu legen.

Die größte Sorge der dort Beschäftigten ist u.a., nicht zu wissen, was der Arbeitgeber (Stadt Bamberg) konkret mit der Stiftungsgründung beabsichtigt und was mit dem dort beschäftigten Personal geschehen soll.

Wie schon in der Vergangenheit ist auch diesmal wieder zu erkennen, dass die Informationspolitik der Stadt Bamberg gegenüber den Beschäftigten mangelhaft bzw. ungenügend ist. Statt die Personalvertretungen der Einrichtungen rechtzeitig mit einzubinden, um auch, wie es von Gesetzes wegen verlangt wird, gestalterisch an dem Vorhaben mitzuwirken, hat man die verantwortlichen Personalräte letztendlich nach Verabschiedung eines konkreten Fahrplanes vor vollendete Tatsachen gestellt.

Genau hier ist Kritik anzusetzen, denn auch die Beschäftigten erwarten vom Arbeitgeber, dass sie möglichst frühzeitig und umfassend über das, was in den Einrichtungen mit ihnen geschehen soll, informiert werden. Man muss sich deshalb auch nicht wundern, dass Befürchtungen ausgesprochen werden, dass sich mittelfristig womöglich eine Stiftungsgründung zumindest für Teile der Beschäftigten negativ auswirken wird.

Im Vorfeld zu den Kommunalwahlen hat die Gewerkschaft ver.di an alle politischen Fraktionen der Stadt Bamberg sog. Wahlprüfsteine geschickt, um deren Position zu einer bevorstehenden Rechtsformänderung zu erfahren. Die Gewerkschaft ver.di begrüßt hier vor allen Dingen, dass einige der befragten Parteien, u.a. die SPD und die GAL, die Meinung vertreten haben, dass die Gewerkschaft ver.di bei einer Rechtsformänderung mit eingebunden werden muss.

Wir fordern deshalb die Verantwortlichen an einen runden Tisch, um mit uns per Tarifvertrag die Übergangsbedingungen der Beschäftigten zu regeln.

Auch wir vertreten die Meinung, dass eine gute Gesundheitsversorgung nur mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal möglich ist. In den Kliniken kann dies nur geschehen, wenn die Beschäftigten vernünftige Arbeits- und Einkommensbedingungen vorfinden. Um dies sicherzustellen, muss mit der Gewerkschaft ver.di ein Personalüberleitungstarifvertrag ausgehandelt werden.



Christian Ascherl ist stellvertretender Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di im Bezirk Oberfranken-West und Fachbereichssekretär für Gesundheitswesen

Das zweite Bamberger Sonnendach...



Foto: Sonja Krebs

... auf dem Dach des E.T.A.-Hoffmann-Gymnasiums (siehe Foto) soll voraussichtlich Ende Juli in Betrieb gehen. Ebenso wie die erste großflächige Solarstromanlage auf dem Dach der FOS in der Ohmstraße wurde auch das zweite Sonnendach-Projekt von GAL-Stadtrat Peter Gack initiiert. Er setzte es in enger Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz, dem Elternbeirat und der Schulleitung des Gymnasiums am Stephansberg um. Das Sonnendach ist ein Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von rund 200.000 Euro, dessen Eigenanteile zum überwiegenden Teil von Eltern und Lehrkräften, darüber hinaus von weiteren Bamberger Bürgern und Bürgerinnen in Form von Gesellschaftsanteilen aufgebracht wird. Es greift außerdem auf Mittel aus dem 100.000-Dächer-Programm zurück. Die Photovoltaik-Anlage auf dem E.T.A.-Hoffmann-Gymnasium wird fast doppelt so groß sein wie ihre Schwester auf der FOS, mit einer Leistung von 40 kWp.

Termine

4. Juli, 19.30 Uhr: Podiumsdiskussion „Erfurt: Ursachen, Folgen und Konsequenzen“, mit Petra Münzel (MdL B90/Grüne), Heinz Jung (Stellvertretender Vorstand GEW Bamberg), Prof. Dr. Detlef Berg (Schulpsychologie Universität Bamberg), Gaststätte Wilde Rose, Keflerstraße, Nebenzimmer

22. Juli, 19 Uhr: Podiumsdiskussion „Familienpolitik auf dem Prüfstand: Wer ergreift Par-

tei für die Familien?“, Freizeitwerk St. Heinrich, Kloster-Banz-Str.11a, Verant. Katholischer Familienbund, mit Bundestagskandidatin Ursula Sowa

29. August: von 9 bis 21 Uhr stündlich kostenlose Schiffsrundfahrten mit der grün verhüllten „Christel“ und den oberfränkischen grünen Bundestagskandidaten u.a. grünen Promis, Musik Tfor Two und Kinderaktionen, Anlegestelle Kranen

3. September, 15.30 Uhr: Joschka Fischer joggt durch Bamberg, Str.11a, Verant. Katholischer Familienbund, mit Bundestagskandidatin Ursula Sowa

22. September: Bundestagswahl, abends GAL-Wahl-Fete „Wir geben unsern Edmund nicht her...“

23./24. November: Landesdelegiertenkonferenz von B90/Grüne in Bamberg, Konzerthalle

Impressum

Die g9Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Andreas Becker, Petra Friedrich, Peter Gack, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Ursula Sowa

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

AutorInnen in dieser Ausgabe:
Christian Ascherl, Rune Hemmerling, Frank Holtmeier, Klaus Kropf

Photos: Frank Holtmeier, Sonja Krebs, Judith Siedersberger, Erich Weiß

Karikatur: Christiane Pfohlmann

Gestaltung und Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck: Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/
Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 12.000
Nr. 59 / Juli 2002

g9Zeuse was Sie im FT nicht lesen können

Konkurrenzlose Spesen

Manchmal neigen Verwaltungen zum Luxuriösen. Jedenfalls wenn man es als Luxus bezeichnet, dass andere gegen gute Bezahlung das tun, was die Verwaltung auch selbst tun könnte.

Beispiel: Bewerbung für die Landesgartenschau. Für 40.000 Euro beauftragte der Stadtrat ein Münchner Landschaftsarchitekturbüro, die Bewerbung der Stadt auszuarbeiten. „Zeitdruck“ lautete die Begründung. Dabei war das Thema „Landesgartenschau“ bereits im November 1999 im Stadtrat behandelt und grundsätzlich begrüßt worden. Man hatte eine Bewerbung aber vorerst zurückgestellt, weil die finanzielle Lage der Stadt allzu düster ist. Plötzlich, im Januar 2002 – bei keineswegs aufgehellten Finanzaussichten – wollte man der Bewerbungs-

aufforderung von der Landesgartenschau-Gesellschaft ganz schnell nachkommen. 40.000 Euro allein für die Erarbeitung der Bewerbungsunterlagen waren auf einmal kein Problem mehr.

Beispiel: Wirtschaftsreferent. Nach erfolgloser Ausschreibung der Stelle im vergangenen Jahr wollte der Stadtrat diesmal nicht kleckern, sondern klotzen. Nicht die Stadtverwaltung, sondern eine Nürnberger Personalberatungsfirma soll sich als „Headhunter“ auf die Suche nach einem neuen Mann oder einer neuen Frau für den Referentensessel machen. Begründung: Nur so sei eine Person mit bester Qualifikation für den Job zu bekommen. Die Consulting-Firma geht freilich nicht umsonst auf Jagd: 25.500 Euro plus Mehrwert-

steuer muss die Stadt dafür bezahlen. Dabei sind die Erfolgsaussichten tatsächlich eher gering. Denn „Headhunting“ rentiert sich nur in allerhöchsten Manager-Kreisen – da, wo milliardenschwere Firmen sich gegenseitig höchstdotierte Bosse abwerben. Städtische BATEbenen können solchen Wirtschaftsmachern allenfalls ein klägliches Lächeln entlocken. Auch die Nürnberger Kopfjäger werden nicht mehr als eine ganz normale Ausschreibung vornehmen. Ergebnis: Außer Spesen nix gewesen.

Auszahlen wird sich das Ganze immerhin für die beiden beauftragten Büros – die übrigens konkurrenzlos waren. Angebote anderer Firmen hatte die Stadt nämlich nicht eingeholt!

Stadtwerke suchen sonniges Obdach

Im Juni erreichte GAL-Stadtrat Peter Gack ein Anruf, der ihn halb zum Schmunzeln und halb zum Weinen brachte. Am anderen Ende der Leitung waren die Stadtwerke. Sie boten Gack an, Anteile am zweiten von Gack initiierten „Bamberger Sonnendach“ zu kaufen.

Hintergrund: Im Februar wurde die erste großflächige Solarstromanlage Bambergs auf dem Dach der FOS an der Ohmstraße in Betrieb genommen. Derzeit plant der Initiator dieses ersten „Bamberger Sonnendachs“, Peter Gack, zusammen mit dem Bund Naturschutz ein zweites Projekt – nun auf dem Dach des E.T.A.-Hoffmann-Gymnasiums (siehe nebenstehenden Bericht). Auch dieses soll wieder in

Form eines Unternehmens betrieben werden, das Bamberger Bürger und Bürgerinnen durch ihre finanzielle Beteiligung tragen.

Nun streben also die Bamberger Stadtwerke an, Anteile an dem zweiten Sonnendach zu erwerben. Denn im Rahmen ihres „best natur-Tarifs“ sind die Stadtwerke zum einen verpflichtet, ihren Kunden so genannten grünen Strom zu liefern, und zum anderen die Einnahmen wiederum in neue regenerative Energieerzeugung zu investieren. Und da kommt den Stadtwerken das Projekt „Sonnendach“ offenbar gut gelegen.

Peter Gack war von diesem Ansinnen gerührt, aber er hat sich auch die Haare gerauft.

Natürlich ist es aus Sicht des Unternehmens Sonnendach eine feine Sache, wenn ein weiterer Geldgeber sich beteiligen will. Andererseits wäre es aber gerade der energiepolitische Auftrag des stadt-eigenen Unternehmens Stadtwerke, solche Projekte selbst auf die Beine zu stellen – und nicht, sich bequem an das Engagement fleißiger BürgerInnen anzuhängen. Man bedenke: Die Stadtwerke fahren im Jahr Gewinne von 14 Mio Euro ein und geben die Hälfte davon als Steuern an den Staat ab, anstatt selbst und mit Steuervorteilen in Energie-Projekte zu investieren. Gemessen daran können die Stadtwerke eine Sonnendach-Beteiligung quasi aus der Portokasse zahlen.

GRÜNE MAILS

Der Rundbrief der GAL Bamberg – nun für alle bequem per mail erhältlich!



Foto: Erich Weiß

Immer up-to-date über die Aktivitäten und Treffen des Bamberger Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN – möglich wird dies mit unserem monatlichen Rundbrief, in dem alle neuen Infos aktuell und direkt weitergeleitet werden! Protokolle der Plena, Einladungen, Infos zu weiteren grünpolitischen Aktionen in und um Bamberg, grüne Surftipps... und all dies einfach, unverbindlich und frei Haus per e-mail. Lassen Sie sich den Rundbrief nicht entgehen – eine mail an: kreisverband@gal.bamberg.de genügt, und schon werden Sie in den Verteiler aufgenommen!

City-Passage würde Weltkulturerbe-Status gefährden

Vor kurzem besichtigten Vertreter und Vertreterinnen von ICOMOS Deutschland das Gelände der geplanten City-Passage und begutachteten die vorliegenden Investorenpläne. ICOMOS, der Internationale Rat für Denkmalpflege, ist eine nicht-staatliche Organisation, die sich als Berater und Gutachter an der Arbeit des Weltkulturerbe-Komitees beteiligt und an Erfüllung der UNESCO-Konvention zum Weltkulturerbe mit überwacht. Oberbürgermeister Lauer hatte ICOMOS nach Bamberg gebeten, um aus Denkmalschutzsicht die Auswirkungen des Projekts City-Passage auf das Weltkulturerbe beurteilen zu lassen.

Das Urteil der Fachleute war eindeutig. Leider aber wurde das offizielle Statement der ICOMOS-VertreterInnen weder der Öffentlichkeit noch dem Stadtrat zugänglich gemacht. Die gaz bringt Auszüge aus dem Papier:

„Das Bauvorhaben in der vorgelegten Form nimmt in keiner Weise Rücksicht auf die besondere historische Bedeutung einzelner Bauten wie die kleinteilige Parzellenstruktur dieses Areals. Durch den Neubau würde eine in sich geschlossene Monostruktur entstehen, welche die noch vorhandenen Bereiche der mittelalterlichen Stadtstruktur auslösen würde. (...) Das schließt auf dem für die City-Passage vorgesehenen Grundstück nicht aus, dass keine Veränderungen stattfinden können. Diese müssen sich jedoch der vorhandenen Stadtstruktur unterordnen. Die historisch hier stets nachweisbare Mischung von Wohnnutzungen mit einzelnen Geschäften oder anderen Dienstleistungsbetrieben scheint nach wie vor ideal zu sein. Baumaßnahmen, die schwerwiegenden strukturelle Veränderungen mit sich bringen würden, sind unbedingt

zu vermeiden. Der Bau der City-Passage und die damit verbundene Eliminierung eines noch mittelalterlich Strukturen abbildenden Areals kann deshalb – auch in Hinblick auf die bereits durchgeführten Zerstörungen auf diesem Grundstück in der Vergangenheit (Bau der Kreissparkasse) nicht akzeptiert werden und ist aus den angeführten Gründen abzulehnen.“

Auch eine deutliche Warnung sprach die Expertengruppe an die Stadt Bamberg aus: „Im Einzelnen wie im Gesamten wurden bereits so erhebliche Verluste im Gesamtkörper der mittelalterlichen Stadt – dem als Weltkulturerbe ausgewiesenen Bereich – in Kauf genommen, dass ein Umsteuern der Baupolitik unbedingt notwendig erscheint, wenn der Status als Weltkulturerbe langfristig erhalten bleiben soll.“